Anregungen zur Absicht, die mit Gleichstellung, Integration, Antidiskriminierung u.a. befassten Dienststellen zu einer Stelle für Diversity-Management zusammen zu fassen

Zur Zeit liegen zwei Vorschläge zur Reorganisation des Interkulturellen Referates ggf durch eine Zusammenführung mit weiteren inhaltlich verwandten Dienststellen vor. Der erste Vorschlag will eine gezielte Modernisierung des bisherigen Handlungsfeldes im Rahmen eines "Amtes für Integration". Der zweite Vorschlag zielt auf eine völlige Umgestaltung des bisherigen interkulturellen Arbeitsfeldes unter Einbeziehung der Diversitätsthematik und stellt ein Alternativkonzept dar.

- Für eine reine Modernisierung (Vorschlag 1) spricht, dass im Kontext der bisherigen Arbeit eine Fülle von Kompetenzen entwickelt wurden, die teilweise sehr erfolgreich eingesetzt wurden. Hinzu kommt, dass in Reaktion auf die bisherige Tätigkeit des Referats eine ganze Reihe von Initiativen und Zentren entstanden sind. Mit der Modernisierung ist die Erwartung verknüpft, dass es gelingt, das, was bisher erfolgreich war, den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen anzupassen.
- Für die völlige Umgestaltung (Alternativkonzept) spricht, dass versucht wird, den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bewusst Rechnung zu tragen. Mit diesem Vorschlag ist die Erwartung verknüpft, sich so den globalgesellschaftlichen Entwicklungen vor Ort erfolgreicher stellen zu können und zugleich die knapper werdenden Haushaltsmittel gezielter einzusetzen.

Das Modernisierungskonzept ist gut durchdacht, greift alle bislang relevanten Arbeitsfelder systematisch auf und bemüht sich um eine neue, systematischer als bislang strukturierte Sichtweise. Dabei wird eine Struktur erkennbar, die den Vergleich mit anderen Städten nicht scheuen muss. Legitimiert wird dieses Konzept mit den gültigen einschlägigen rechtlichen und politischen Eckdaten. Das Ziel ist, diesen Eckdaten besser gerecht zu werden.

Das Alternativkonzept zielt auf eine Neukonzeptionalisierung der Arbeit aufgrund pragmatischer Überlegungen. In diese Überlegungen ist die Erfahrung eingegangen, dass zur Bewältigung neuer gesellschaftlicher Herausforderungen in ganz unterschiedlichen Dienststellen Arbeitsfelder entstanden sind, die inhaltlich verwandt sind. Um die Arbeit hier zu professionalisieren, bietet es sich an, eine gemeinsame Einrichtung zu schaffen, über die die bislang an verschiedenen Stellen entstandenen Arbeitsfelder weitgehend gebündelt werden können.

Vorschlag 1 ist verwaltungstechnisch wohldurchdacht. Er erscheint mir nur insoweit fraglich, als er die aktuelle Situation einer globalisierten Stadtgesellschaft nicht ausreichend berücksichtigt. Vorschlag 2 ist sehr pragmatisch angelegt und nimmt die aktuellen gesellschaftlichen Impulse gezielt auf. Allerdings ist er bislang verwaltungstechnisch nur unzureichend durchdacht und ist zudem extrem von Sparmaßnahmen bestimmt. Trotz seiner im Prinzip zukunftsorientierten Ausrichtung dürfte er deshalb schnell scheitern.

Mein Vorschlag wäre, die verwaltungstechnisch durchdachten Impulse aus dem Vorschlag 1 in das noch deutlich besser zu durchdenkende Alternativkonzept weitgehend zu integrieren.

Zur Integration der Anliegen aus dem Vorschlag 1 in ein verbessertes Alternativkonzept

1. Zum Wandel der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen

Stadtgesellschaften haben sich in den letzten Jahrzehnten (Osterweiterung der EU, neue globale Entwicklungen) erheblich gewandelt. Deutlich wird das vor allem an zweierlei, nämlich

- zum einen daran, dass die traditionellen Formen der Migration an Bedeutung verloren haben und an ihre Stelle so etwas wie eine “migratorische Mobilität” getreten ist (aus den überkommenen Migrationsstrategien sind *neue Mobilitätsstrategien* geworden)
- und zum anderen daran, dass die sozialen und kulturellen Prozesse, die einst unter “Multi-kulturalität” verhandelt wurden, längst in einer breit praktizierten *neuen Vielfalt* aufgegangen sind .

Dieser Wandel hat sich zunächst in global aufgestellten Metropolen angekündigt und bestimmt längst auch die Situation in Städten wie Köln.

Da trifft es sich günstig, wenn gerade jetzt über eine Neuausrichtung der kommunalen Praxis im Blick auf Gleichstellung, Antidiskriminierung, Integration usw. gesprochen wird. Allerdings sollten bei einer solchen Neuausrichtung nicht rein verwaltungstechnische Pragmatik und Sparmaßnahmen im Vordergrund stehen, *sondern inhaltliche Überlegungen*. Die inhaltlichen Überlegungen sollten davon bestimmt werden, wie man den sich aus den genannten Wandlungsprozessen ergebenden gesellschaftlichen Herausforderungen am besten stellen und wie man sie für eine integrierte Stadtentwicklung (Charta von Leipzig vom Mai 2007) konstruktiv nutzen kann. Gleichwohl ist zu erwarten, dass durch eine Bündelung der bisher verstreut organisierten Maßnahmen erhebliche synergetische Effekte zu erzielen sind.

2. Worum geht es bei den neuen Mobilitätsstrategien und was folgt daraus?

Für fast alle Menschen ist Mobilität in irgendeiner Weise zum Normalfall geworden. Menschen arbeiten und leben nicht mehr auf Dauer an einem Ort, wechseln oft den Arbeits- und Wohnort, pendeln; und die nächste Generation lebt schon wieder wo anders und geht ganz anderen Beschäftigungsformen nach. Deshalb kommt es darauf an, die Stadtgesellschaft für alle Bevölkerungsgruppen welcher Herkunft und welcher Verweildauer auch immer zu öffnen und sie als ihre Bürgerinnen bzw. Bürger ernst zu nehmen. Das Zusammenleben gelingt nur, wenn dies in allen Lebensbereichen, im Blick auf *Arbeiten, Wohnen, Bildung, Religion, Kultur, soziale Sicherheit und Gesundheit* gelingt.

Je mobiler die Menschen werden, umso häufig kommt es vor, dass sie ungleiche Chancen haben. Sie bringen einfach sehr unterschiedliches Wissen mit, sind unterschiedlich informiert, sind nicht immer ausreichend kundig oder sind unpassend ausgebildet. Oft verfügen sie über sehr unterschiedliche Ressourcen, die sie an einer angemessenen Beschäftigungs- und Lebensweise hindern. Die Kommune ist hier aufgefordert, im Interesse eines erfolgreichen Zusammenlebens für ein Höchstmaß an Fairness und Chancengleichheit zu sorgen. Das bedeutet, dass man z.B. Menschen, die gerade erst in die Stadt gekommen sind, gezielt mit ihnen verständlichen Informationen versorgt, während man andere Gruppen, die ggf. traditionell über exzellente Zugänge beispielsweise zum Wohnungs- oder Arbeitsmarkt verfügen, in ihrer

gesellschaftlichen Verantwortung in die Pflicht nimmt. Oder, um ein ganz anderes Beispiel zu nehmen, es bedeutet auch, dass man kulturelle Aktivitäten von Einwanderercommunities genauso fördert wie lange etablierte Bürgerzentren oder dass man Vertretungen der unterschiedlichen Religionsgemeinschaften gleichermaßen unterstützt.

3. Worum geht es bei der neuen Vielfalt und was folgt daraus?

Die neue Vielfalt ist aus ganz unterschiedlichen Zusammenhängen heraus entstanden und betrifft ganz verschiedene Bereiche. Zunächst ging es um die Bereiche Disability, Gender. Später kam mit der Einwanderung das Thema Kultur hinzu. Heute wissen wir, dass es auch um sprachliche, religiöse und soziale Unterschiedlichkeit geht. Unterdessen haben sich die urbanen Lebensstile so weit verändert, dass sich auch die unterschiedlichsten Vermischungen von Unterschiedlichkeit entwickelt haben, so dass manche Wissenschaftler schon von "Supervielfalt" sprechen.

Es ist klar, dass es schwer ist, gesellschaftspolitisch mit dieser Entwicklung Schritt zu halten. In einigen Teilbereichen ist das zu einem Teil schon gelungen, wie die langanhaltende Debatte über Gendergerechtigkeit zeigt. Auf jeden Fall haben sich die entsprechenden Debatten zunächst weitgehend getrennt voneinander entwickelt und sind auch kommunalpolitisch entsprechend unterschiedlich unterstützt worden. Unterdessen haben sich die Teilbereiche angenähert und vermischt. Soziale Themen, Gendergerechtigkeit, kulturelle Orientierungen usw. werden gleichzeitig bedeutsam. Deshalb muss der Kommune daran gelegen sein, "unterschiedlichkeitssensibel" zu werden, d.h.

- diese Themen als ganzes, eben unter dem Vorzeichen von Supervielfalt ernst zu nehmen
- sich grundsätzlich für die entsprechende Unterschiedlichkeit der Bevölkerung zu öffnen
- ihr ein Recht auf Verschiedenheit in den unterschiedlichsten Lebenssituationen zuzugestehen,

Es kommt einerseits darauf an, die Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit zu akzeptieren, sie gegebenenfalls auch darin zu bestärken und andererseits, sie vor Diskriminierung oder Ausgrenzung zu schützen. Die Stadt muss bereit sein, Ausdrucksformen dieser Supervielfalt wie zum Beispiel den "*ethnic theme park* Keupstraße" nicht nur hinzunehmen, sondern als eines ihrer höchstwertigen Erfolgsmodelle zu würdigen und zu fördern.

4. Welche Chancen bietet eine Verschränkung der beiden Handlungsfelder ?

Bedenkt man den skizzierten Wandel, so wird schnell klar, dass sich beide Handlungsfelder Dank der modernen Medien, Märkte und technologischen Möglichkeiten einander immer mehr annähern. Die beiden Entwicklungen verschränken sich zwar,

- aber sie verschmelzen nicht, sondern im Gegenteil differenzieren sich weiter aus und werden zu einem überall im Verwaltungshandeln präsenten Querschnittsthema.
- und sie nivellieren sich nicht, sondern stimulieren sich gegenseitig und werden zur Ressource für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung (Einwanderung und Vielfalt als Ressource in einer global aufgestellten Stadtgesellschaft).

Eine Kommune, die diese Entwicklungen als eine inhaltlich miteinander verwandte Herausforderung begreift, wird der Sache am besten dadurch gerecht, indem sie ihre bisher nebeneinander laufenden Dienstleistungen und Unterstützungsmaßnahmen (vom Interkulturellen Referat bis zum LST usw.), *miteinander verschränkt*. Das verlangt freilich von den Mit-

arbeitern ein extremes Maß an fachlicher Qualifikation und Sensibilität

Eine Verschränkung der Handlungsfelder “Neue Mobilität” und “Neue Vielfalt” ist sachlich gerechtfertigt und könnte durch eine entsprechende Bündelung der Aktivitäten dazu beitragen, nicht nur verwaltungstechnisch, sondern besonders auch in der Sache selbst synergetische Effekte auszulösen, eben auch konzeptionell eine ganz andere Qualität herzustellen. Dazu ein Beispiel aus dem Bildungsbereich

- Im Bildungsbereich geht es dann darum, nicht nur alle Kinder und Jugendlichen gleichermaßen zu fördern, sondern auch in ihrer Vielfalt zu respektieren, was dann bedeutet, die Kinder und Jugendlichen gemeinsam zu fördern. Es ergibt sich quasi automatisch das Konzept einer Schule, in der jeder nach seinen individuellen Kompetenzen und in seiner jeweiligen individuellen sprachlichen, sozialen, kulturellen und religiösen Unterschiedlichkeit gemeinsam mit den anderen (in einer Schule für alle) gefördert wird.

Eine Bündelung kann offenbar ein ganz neues Potential freisetzen, jedenfalls wenn die Aufgaben sachadäquat gebündelt, qualifiziert und engagiert angegangen und tatsächlich als Querschnittsthema durch alle kommunalen Aktivitäten hindurch angegangen werden.

5. Wie wird man diesen Überlegungen am besten gerecht?

Was dazu bislang für mich erkennbar ist, geht zwar in die richtige Richtung, ist aber nicht fertig durchdacht, weil man der Entwicklung zur neuen Mobilität und neuen Vielfalt und deren Verschränkung noch nicht gerecht wird. Nachdem man jahrzehntelang auf die Integration der Einwanderer gesetzt hat und die zunehmende Vielfalt der Bevölkerung nur als ein vorübergehendes Phänomen betrachtet hat, geht man jetzt in die entgegengesetzte Richtung und beschwört die Vielfalt und denkt, dass sich die Einwanderung irgendwie von selbst erledigt.

Jetzt besteht die Chance, noch einmal genauer nachzudenken und eine Verschränkung anzustreben, die beiden Seiten nicht nur gerechter wird, sondern vor allem das Zusammenspiel von “Supermobilität” und “Superdiversität” in eine integrierte Stadtentwicklung an prominenter Stelle einfügt.

- Ein erster Schritt in dieser Richtung könnte es sein, für die geplante “Punktdienststelle” ein neues Leitbild zu formulieren, das beide Entwicklungen in ihrer Verschränkung und Aufgabenbreite zum Ausdruck bringt, und die Stelle dann auch entsprechend zu benennen.
- Ein zweiter Schritt müsste sein, die Dienststelle auch organisatorisch so auszustatten, dass sie die angezielten Aufgaben als eine verschränkte Querschnittsaufgabe quer durch alle urbanen Handlungsfelder wirksam angehen kann.
- Ein dritte Schritt könnte sein, die auf bestimmte Versionen von Integration bzw. Vielfalt spezialisierte Einrichtungen (z.B. das RAA/KIZ, LST bis hin zur Antidiskriminierungsstelle) als Arbeitsstellen zuzuordnen.
- Der vierte Schritt könnte sein, den Integrationsrat als eine Schaltstelle zwischen der “Punktdienststelle” und der zunehmenden neuen Mobilität und neuen Vielfalt beizuordnen.